Stadtverordnetenversammlung

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne

STADT KASSEL

documenta-Stadt

Rathaus
34112 Kassel

Vorlage Nr. 101.17.993

Kassel, 1. Juli 2013

Salzabfälle Kali+Salz

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Für die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel ist Kali und Salz ein wichtiger Arbeitgeber für Tausende von Arbeitsplätzen in Kassel und der Region und hat eine hohe Bedeutung für die regionale Wertschöpfung.

Die Stadtverordnetenversammlung erkennt an, dass Kali und Salz mit dem sogenannten 360 Millionen Programm erhebliche Anstrengungen unternimmt, um alle verfügbaren technischen Möglichkeiten zur Verringerung der anfallenden Salzabfälle zu nutzen.

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die Empfehlungen des runden Tisches „Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion“.

Die nicht vermeidbaren Abwässer sollen durch den Bau einer Fernleitung an einen ökologisch verträglichen Einleitungspunkt im Bereich der Nordsee erfolgen. Hierfür sollen die Verantwortlichen einen verbindlichen Maßnahmen- und Zeitplan aufstellen und für ein zügiges Genehmigungsverfahren über Ländergrenzen hinweg Sorge tragen.

Begründung:

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Harry Völler

Uwe Frankenberger MdL
Fraktionsvorsitzender SPD

Gernot Rönz
Fraktionsvorsitzender B90/Grüne